








Landschaftsverband Westfalen-Lippe  Koordinationsstelle Sucht
Warendorfer Str. 27  48133 Münster
<http://www.lwl.org/ks>  kswl@lwl.org

KS-Newsletter

Mai 2004

2. Jahrgang / 5-2004

Inhalt

-  **Nachrichten aus der Koordinationsstelle Sucht** **1**
- Mehr als 425 Jugendliche nehmen am WEBbewerb teil | Workshop-Dokumentation wird nachgedruckt | Fachtagung: „Der Kick aus der Flasche“ am 16. Juni in Hamm | Tagung „euro parents – Eltern haben Einfluss“ am 24. Juni in Vlotho | Dreitägiger Workshop „Systemisches Arbeiten vom 14. bis 16. Juni mit Familien“ | FreD-Transferveranstaltung vom 28. bis 30. Juni
-  **Nachrichten aus Westfalen-Lippe** **4**
- Westfälische Klinik: Zentrale Anmeldung Sucht eröffnet | Ambulante Nachsorge für Borderline-Patienten | Elterngruppe will Kreislauf durchbrechen | Café Kultus als Chance für die Zukunft | Neues Beratungsbüro in der Hauptschule Rahmede | Beratungsstellen unter einem Dach | LWL-Preis für Bürgerengagement für Heidi Hartmann | Verkehrstherapeutische Gespräche für Russlanddeutsche
-  **Sucht- und drogenpolitische Nachrichten aus NRW, Bund, Ausland** **7**
- Zehnter Drogenkonsumraum eröffnet | Grenzüberschreitende Suchtprävention | Plakate und Kinospots gegen Spielsucht | Fachverband fordert Alkohol-Abgabe | Alcopop-Steuer verfassungswidrig? | Bonner Heroinstudie geht weiter | Schweiz und Deutschland gegen Alcopops | Immer mehr Alkoholvergiftungen bei Kindern und Jugendlichen | Ecstasy-Konsumenten können Risiken schlechter abschätzen | Kokain kann Herzinfarkte auslösen | Schweiz: Forderung nach Cannabis-Legalisierung | Niederlande planen Cannabis-Verbot
-  **Weitere relevante Nachrichten** **12**
- Verfassungsgericht zu Cannabis-Besitz angerufen | Kokain-Gebrauchsgewohnheiten werden erforscht | Führerschein-Entzug nach Amphetamin-Konsum rechtens | Jugendliche glauben nicht an Erfolg der Alcopop-Steuer | Suchtausschuss gegen Personalabbau in der Psychiatrie
-  **Ankündigungen und Publikationen** **14**
- Neunte Fachtagung „ÜberLEBEN in Drogenszenen“ vom 23. bis 25. Juni | Nächster Termin für Zusatzausbildung | Weiterbildung „Was bleibt vom alten BSHG nach Hartz IV?“ am 29. und 30. Juni | EREV, BAG EJSA und GVS planen gemeinsame Fortbildung | Harm-Reduction Schwerpunkt in Akzeptanz 1/2004 | Ist kontrollierter Suchtmittelkonsum möglich? | Impressum



Mehr als 425 Jugendliche nehmen am WEBbewerb teil

Münster ▪ Noch bis zum 15. Juni können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des **WEBbewerb** „Na klar – Alkohol erst ab 16“ der Koordinationsstelle Sucht ihre Beiträge abgeben. Die Anmeldefrist ist am 14. Mai abgelaufen. 44 Anmeldungen aus ganz Westfalen-Lippe sind eingegangen – von Nord bis Süd und West bis Ost sind alle Regionen vertreten. 40 Anmeldungen gingen aus Schulen ein, vier aus Jugendfreizeiteinrichtungen. Da es Klassen oder Gruppen sind, verbergen sich hinter diesen Zahlen insgesamt deutlich mehr Jugendliche, die sich derzeit aktiv mit der Aufgabenstellung befassen: aus 28 Schulen sind 40 Klassen/Kurse mit ca. 400 Schüler/innen angemeldet. Aus den Jugendfreizeiteinrichtungen sind auf diese Weise 25 Jugendliche beteiligt. Das Alter der Teilnehmer/innen liegt zwischen 13 und 18 Jahren.

Die Koordinationsstelle Sucht des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe hatte Ende März den **WEBbewerb** zur Erstellung einer Website zur Alkoholprävention ausgeschrieben. Alle weiterführende Schulen in Westfalen-Lippe und die Jugendfreizeiteinrichtungen waren aufgefordert, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen. Als Preise für die drei besten Einsendungen sind Sachpreise im Wert von 1 000, 750 und 500 Euro ausgelobt.

Die Jury wird gleich nach Ende der Abgabefrist am 15. Juni in die Bewertung der 44 Wettbewerbsbeiträge einsteigen.

Der **WEBbewerb** im Internet
<http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/WEBbewerb/>

Workshop-Dokumentation wird nachgedruckt

Münster ▪ Die Dokumentation „Best Practices in der Arbeit mit suchtmittelabhängigen Russlanddeutschen in der ambulanten Suchthilfe“ wird nachgedruckt. Die Schrift zum gleichnamigen Workshop am 23. und 24. Juni 2003 ist so stark nachgefragt worden, dass nun ein Nachdruck aufgelegt wird.

Bezug der Broschüre über Jörg Körner, Tel.: 0251 591-5538
joerg.koerner@lwl.org

Fachtagung: „Der Kick aus der Flasche“ in Hamm

Münster/Hamm ▪ Am 16. Juni bietet die Koordinationsstelle Sucht des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe eine Fachtagung unter dem Titel „Der Kick aus der Flasche – Jugendlicher Alkoholkonsum – Analysen, Trends, Antworten“ an. Sie richtet sich an Fachkräfte aus der Sucht- und Jugendhilfe sowie Verantwortliche aus der Gesundheits- und Jugendpolitik. Die Tagung findet statt in Kooperation mit der Stadt Hamm und „ginko“, der Landeskoordinierungsstelle für Suchtvorbeugung. Tagungsort ist das Kurhaus Bad Hamm, Ostenallee 87, 59071 Hamm.

Mit Vorträgen und Vorstellungen von Praxisprojekten soll die Frage erörtert werden, wie in der Suchtprävention mit dem immer früher einsetzenden

Alkoholkonsum von Jugendlichen umgegangen werden soll. Insbesondere wird es um die so genannten „Alcopops“ gehen.

Anmeldungen und Informationen bei: Elisabeth Rocklage, Tel.: 0251 591-5383, Fax: 0251 591-5484. Anmeldungen sind noch möglich.

▼ **Anmeldeformulare können auch von unserer Internetseite heruntergeladen werden:**
<http://www.lwl.org/ks>

Tagung „euro parents – Eltern haben Einfluss“ in Vlotho

Münster/Vlotho ▪ Die Einbeziehung der Eltern in die suchtvorbeugende Arbeit für Kinder und Jugendliche ist von sehr großer Bedeutung. Die Koordinationsstelle Sucht hat dazu das praxisorientierte Handbuch „Eltern haben Einfluss“ entwickelt. Es entstand im Rahmen des Praxisprojektes „euro parents“ des Europäischen Netzwerkes für praxisorientierte Suchtprävention „euro net“.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Bereich der Prävention, der Sucht- und der Jugendhilfe sind zu einer Tagung eingeladen, in der die Themen des Handbuches näher erörtert werden. Sie findet statt am 24. Juni im Jugendhof Vlotho, Oeynhausener Str. 1, 32602 Vlotho. Veranstalterin ist die Koordinationsstelle Sucht in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Suchtprophylaxe des Diakonischen Werkes im Kirchenkreis Herford e.V.

Anmeldungen und Informationen bei Elisabeth Rocklage, Tel.: 0251 591-5383, Fax: 0251 591-5484. Anmeldeschluss ist Freitag, 4. Juni.

▼ **Anmeldeformulare können auch von unserer Internetseite heruntergeladen werden:**
<http://www.lwl.org/ks>

Dreitägiger Workshop „Systemisches Arbeiten mit Familien“

Münster/Oelde ▪ Systemische Methoden der Familientherapie haben sich als sehr hilfreich für die Suchthilfearbeit erwiesen. Die Koordinationsstelle Sucht bietet vom 14. bis zum 16. Juni einen Qualifizierungs-Workshop an, der Fachkräften einführende, aber auch vertiefende Einblicke in die systemische Methodik geben soll. Tagungsort ist das Landhotel Meier Gresshoff, Gresshoffweg 6, 59302 Oelde.

Referentinnen und Referenten sind Dipl-Sozialpädagogin Marlene Stelte-Schmökel und der Jurist, Familientherapeut und Mediator Dr. Werner Glenewinkel.

Anmeldungen und Informationen bei Elisabeth Rocklage, Tel.: 0251 591-5383, Fax: 0251 591-5484. Anmeldungen sind noch möglich.

▼ **Anmeldeformulare können auch von unserer Internetseite heruntergeladen werden:**
<http://www.lwl.org/ks>

FreD-Transferveranstaltung in Oelde

Münster/Oelde ▪ Die Koordinationsstelle Sucht des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe bietet vom 28. bis 30. Juni 2004 eine Transferveranstaltung des vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung geförderten, Ende des Jahres 2003 abgeschlossenen Modellprogrammes „Früherkennung bei erstauffälligen Drogenkonsumenten“ (FreD) an. Tagungsort ist das Landhotel Gut Meier Gresshoff, Gresshoffweg 6, 59302 Oelde. Die Transferveranstaltung richtet sich an Fachkräfte, die ein FreD-Angebot in ihrer Region installieren möchten. Anmeldungen sind noch möglich.

▼ **Anmeldungen und Informationen bei Alexandra Vogelsang,**
Tel: 0251 591-3838
alexandra.vogelsang@lwl.org



Westfälische Klinik: Zentrale Anmeldung Sucht eröffnet

Gütersloh ▪ Die neu eingerichtete **Zentrale Anmeldung Sucht** der Westfälische Klinik Gütersloh wurde am 30. März der Öffentlichkeit vorgestellt. Für Suchtkranke und psychisch kranke Menschen gibt es damit jetzt eine rund um die Uhr erreichbare Anlaufstelle. Geleistet wird dort suchtmmedizinische Beratung und Behandlung, psychotherapeutische Hilfe, ambulante Entgiftung, Beratung von Angehörigen und therapeutische Hilfe bei gerichtlichen Auflagen. Suchtkranke sollen damit ein niedrighschwelliges und schnell erreichbares Hilfsangebot erhalten, so der ärztliche Leiter Dr. Ulrich Kemper.

▼ **Die Zentrale Anmeldung Sucht ist erreichbar unter folgender Adresse: Westfälische Klinik Gütersloh, Station C, Haus 5, Tel.: 05241 502684, Fax: 05241 502685. ZAS@wkp-lwl.org**

Quelle: Die Glocke, 1. April 2004

Ambulante Nachsorge für Borderline-Patienten

Hemer ▪ An der Hans-Prinzhorn-Klinik in Hemer hat ein bundesweites Modellprojekt für Borderline-Patientinnen und -Patienten begonnen. Menschen, die unter dem Borderline-Syndrom leiden, haben immer wieder auch mit Suchtproblemen zu kämpfen. Den Kranken soll mit ambulanter Nachsorge geholfen werden, Krisen möglichst selbstständig zu bewältigen. Die Klinik des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe setzt dabei die so genannte dialektisch-behaviorale Therapiemethode ein. In Einzel- und Gruppenarbeit sollen die Patienten ihre Stärken entdecken, um im Notfall hilfreiche Verhaltensweisen entwickeln zu können. Geplant hat die Klinik, die Zusammenarbeit mit Psychotherapeuten im Märkischen Kreis, im Ennepe-Ruhr-Kreis und in Hagen auszubauen.

Weitere Informationen unter Tel.: 02372 861-100.

Quelle: Westfälische Rundschau, 16. Mai 2004

Elterngruppe will Kreislauf durchbrechen

Hagen-Vorhalle ▪ Kinder aus suchtblasteten Familien werden leider oft selbst suchtkrank. Die Fachklinik „Therapiezentrum Vorhalle“ hat sich diesem Problem angenommen. Für ihre teilstationären Patientinnen und Patienten hat sie bislang bereits vier so genannte „Indikationsgruppen Erziehungskurs“ durchgeführt. Mindestens ein weiterer Kurs mit sieben bis zehn Teilnehmern ist für dieses Jahr noch geplant. Vor zwei Jahren war das Angebot zunächst als einmaliger Versuch ins Leben gerufen worden.

Die jeweils sechswöchigen Kurse ergänzen die teilstationäre Entwöhnung und richten sich an diejenigen suchtkranken Patienten, die Kinder erziehen. Ziel ist es, vorbeugend zu wirken und den generationsübergreifenden Suchtkreislauf zu durchbrechen. Über dem Angebot steht die alles entscheidende Frage: Wie schütze ich meine Kinder vor Sucht? Bearbeitet werden Schuldgefühle gegenüber den Kindern, der Wunsch nach Wiedergutmachung und das Ziel der Annäherung an und die konstante Verlässlichkeit für die Kinder. Ein weiteres

Thema ist, wann und ob überhaupt die eigene Lebensgeschichte den Kindern erzählt werden sollte.

Das Therapiezentrum Vorhalle wird bei den Indikationskursen fachlich unterstützt von Iris Timmerbeul-Tappert von der Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche der Stadt Hagen. Die Dipl.-Pädagogin und Psychodramaleiterin steuert pädagogische Kenntnisse aus der Sicht der Kinder bei.

Die ersten Erfahrungen mit dem neuen Angebot sind ermutigend: Die Patienten haben an den ersten vier Kursen hochmotiviert und -interessiert teilgenommen. Es gab keine Rückfälle und Therapieabbrüche während der Kurse.

Café Kultus als Chance für die Zukunft

Hagen-Vorhalle ▪ Das Café „Cultus“ hat kürzlich im Stadtteilhaus in Vorhalle eröffnet. Das Besondere daran: Es wird betrieben von sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die suchtkrank waren und eine Therapie erfolgreich abgeschlossen haben. Das Therapiezentrum Hagen-Vorhalle unterstützt das Vorhaben im Rahmen des europäisch geförderten Projektes „Los – Lokales Kapital für soziale Zwecke“. Die sechs Mitarbeiter erhalten dort als geringfügig Beschäftigte einen neuen Wirkungskreis und eine Chance für ihre Zukunft. Derzeit richten sie das Café ein. Entstehen soll ein Stadtteil-Treffpunkt gerade für sozial weniger Begünstigte. Wenn alles fertig ist, gibt es im „Cultus“ Getränke und kleinere Speisen, Räume für Gruppentreffen, einen Raum für Kinderbetreuung, einen Second-Hand-Shop und eine Fahrradwerkstatt. Bis zu zehn Mitarbeiter sollen später dort einmal ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen können.

Quelle: Westfälische Rundschau, 29. April 2004

Neues Beratungsbüro in der Hauptschule Rahmede

Altena ▪ In der Hauptschule Rahmede hat Sozialarbeiterin Ulrike Senetzki zu Anfang des Schuljahres ein Beratungsbüro für die Schülerinnen und Schüler eröffnet. Für die Mädchen und Jungen der Schule bietet sie bei Problemen Gespräche an, manche Schüler schauen aber auch „einfach so“ vorbei. Bei schwierigeren Problemlagen vermittelt die Sozialarbeiterin an andere Stellen weiter: Schwangerschafts- oder Drogenberatung, Familienhilfe oder die Streitschlichter in der Schule. Beratung bietet sie auch Eltern an. Das Beratungsbüro ist Teil des Netzwerkes Jugendarbeit aus Stadt, Schule und freien Trägern der Jugendarbeit. Es basiert auf den Säulen Vorbeugung, Beratung und Intervention.

Quelle: Westfälische Rundschau, 26. April 2004

Beratungsstellen unter einem Dach

Schwerte ▪ Die Suchtberatung der Diakonie und die Anonyme Drogenberatung (ADU) in Schwerte sind jetzt im selben Haus zu finden. Die ADU zog in das Haus der Diakonie an der Kötterbachstraße. Dort finden Abhängige von legalen und illegalen Drogen wie auch deren Angehörige kompetente Beratung und Hilfe. Beide Einrichtungen bleiben eigenständig. Durch das neue räumliche Miteinander erhoffen sie sich aber Vorteile, weil in der alltäglichen

Arbeit zahlreiche Berührungspunkte auftreten. Die offizielle Eröffnung ist für Freitag, 28. Mai, vorgesehen.

Quelle: Westfälische Rundschau, 21. April 2004

LWL-Preis für Bürgerengagement für Heidi Hartmann

Münster ▪ Der LWL-Preis für Bürgerengagement in der Sparte Gesundheit wurde am 21. April im Münsteraner Erbdrostenhof an Heidi Hartmann überreicht. Mit der mit 2 000 Euro dotierten Auszeichnung würdigte der Landschaftsverband Westfalen-Lippe das Engagement der Valberterin für ARWED, die „Arbeitsgemeinschaft der Eltern von drogengefährdeten und -abhängigen Menschen“.

Quelle: Westfälische Rundschau, 22. April 2004

Verkehrstherapeutische Gespräche für Russlanddeutsche

Münster ▪ Einzelgespräche für Russlanddeutsche, die ihren Führerschein wegen Trunkenheit verloren haben, bietet der Verkehrspsychologe Dietmar Lucas jetzt in seiner Verkehrstherapeutischen Praxis am Münsteraner Bahnhof an. Er arbeitet dabei mit russischen Kolleginnen zusammen. Mit den Klienten, für die der Verlust der Fahrerlaubnis oft das Ende der gerade begonnenen beruflichen Karriere und die Gefährdung der privaten Existenz bedeutet, bespricht der Therapeut in russischer Sprache Gründe für den häufigen Alkoholkonsum. Auch die Vorbereitung auf die oft zu absolvierende medizinisch-psychologische Untersuchung steht auf dem Programm.

Kostenlose Informationsgespräche für russischsprachige Betroffene bietet Dietmar Lucas an jedem vierten Freitag im Monat ab 16.30 Uhr an.

◀ **IVT – Verkehrstherapeutische Praxis Dietmar Lucas,**
Bahnhofstraße 5, Tel.: 0251 2377955
<http://www.ivt-muenster.de>

Quelle: Münstersche Zeitung, 19. April 2004

Zehnter Drogenkonsumraum eröffnet

Troisdorf ▪ In Troisdorf im Rhein-Siegkreis wurde im Mai der zehnte Drogenkonsumraum in Nordrhein-Westfalen eröffnet. Es ist die erste Einrichtung dieser Art außerhalb der nordrhein-westfälischen Großstädte.

Quelle: Westfälische Rundschau, 3. Mai 2004

Grenzüberschreitende Suchtprävention

Kreis Heinsberg ▪ Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Suchtprävention für Jugendliche in der deutsch-niederländisch-belgischen Grenzregion ist das Ziel des Projektes „Risikoverhalten Jugendlicher“. Das Projekt ist die Fortsetzung einer schriftlichen Befragung in der EUREGIO-Region, an der in den Jahren 2001 und 2002 mehr als 45 000 Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 14 und 16 Jahren teilgenommen haben. Die Studie zum Suchtmittelmissbrauch der Jugendlichen ergab auffällige Unterschiede: Drogenmissbrauch trat bei Jugendlichen aus Niederländisch-Limburg seltener auf als bei ihren deutschsprachigen Altersgenossen. Die Jugendlichen aus den deutschsprachigen Gemeinden in Belgien konsumierten dagegen mehr Alkohol als ihre Nachbarn.

Das jetzt gestartete Nachfolgeprojekt besteht aus zwei Phasen. Erst wird eine Studie die Unterschiede im Ge- und Missbrauch sowie der Akzeptanz des Konsums der verschiedenen Suchtmittel in der Region untersuchen. Dann sollen politische Empfehlungen für grenzüberschreitende Präventionsaktivitäten formuliert werden.

Erste Auswertungen der Studie werden bei einem euregionalen Workshop des Nachfolgeprojektes am 30. Juni vorgestellt. Thema des Workshops sind suchtvorbeugende Maßnahmen für Jugendliche.

➤ Auf der Internetseite des Projektes „Riskantes Verhalten von Jugendlichen“ kann ein alle drei Monate erscheinender Newsletter abonniert werden.
<http://www.adolescenten.nl>

Quelle: <http://www.an-online.de/>, 26.4.2004

Plakate und Kinospots gegen Spielsucht

Düsseldorf ▪ „Ich mach' das Spiel nicht mit“ heißt eine neue Aufklärungskampagne des nordrhein-westfälischen Sozialministeriums gegen Spielsucht. Zusätzlich werden dieses Jahr Aktionswochen gegen Spielsucht durchgeführt. In Westfalen-Lippe nehmen daran die Orte Herne, Ahlen, Unna Olpe und Witten teil.

Für NRW wird die Zahl der Spielsüchtigen auf 30 000 geschätzt. 62 Prozent der Jugendlichen zwischen 13 und 19 Jahren haben bereits an Glücksspielen teilgenommen, hat eine Umfrage der Universität Bielefeld ergeben. Bei drei Prozent von ihnen wurde von einem problematischen Glücksspielverhalten ausgegangen. Die Deutsche Hauptstelle gegen Suchtgefahren fordert deshalb, den Zugang für Jugendliche zu Glücksspielen wirksamer einzuschränken.

Bisweilen wird die Spielsucht durch Alkoholmissbrauch begleitet. In Einzelfällen führt die Sucht bis hin zum Selbstmord.

Glücksspiele an Automaten, in Spielbanken, bei Lotto, Oddset und den Klassenlotterien bescheren deren Veranstaltern jedes Jahr einen Umsatz von 27 Milliarden Euro. Die dadurch erzielten Steuereinnahmen des Staates betragen 4,5 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist mehr als die Einnahmen durch die Alkoholsteuer.

Spielsüchtige Betroffene und deren Angehörigen erhalten Hilfe bei der Landesfachstelle Glücksspielsucht, Tel.: 01801 77-6611.

Quelle: Westfalenpost, 26. April 2004

Kölnische Rundschau, 27.4.2004

Fachverband fordert Alkohol-Abgabe

Hannover ▪ Die Einführung des Verursacherprinzips beim Verkauf alkoholischer Getränke hat der Fachverband Drogen und Rauschmittel auf dem 27. Bundesdrogenkongress in Hannover gefordert. Auf alle alkoholischen Getränke solle künftig eine Gesundheitsabgabe von einem Euro pro reinem Liter Alkohol erhoben werden. Das eingenommene Geld – geschätzt werden jährliche Einnahmen von 800 Millionen Euro – solle den Suchtberatungsstellen zugutekommen, die sich wachsenden Aufgaben bei gesunkenen Zuschüssen von Ländern und Kommunen stellen müssten. Beispielsweise müssten sich nach den Hartz-Gesetzen alle Arbeitslosen mit Suchtproblemen behandeln lassen. Die Bundesagentur für Arbeit sehe die Finanzierung der Suchthilfe aber als Sache der Kommunen an. Die Städte und Gemeinden könnten hingegen nicht einmal die Kürzung der Landeszuschüsse auffangen.

Cannabis ist mittlerweile zur meistkonsumierten illegalen Droge geworden, hat der Fachverband Drogen und Rauschmittel ermittelt. Mindestens 200 000 Menschen müssten wegen ihres Cannabis-Konsums behandelt werden. Während der Cannabis-Konsum stark angestiegen ist, stagniert die Zahl der Konsumenten „harter“ Drogen wie Heroin bei etwa 120 000.

 [Internetseite des Fachverbands Drogen und Rauschmittel](http://www.fdr-online.info)
<http://www.fdr-online.info>

Quelle: <http://de.news.yahoo.com>, 26. April

Alcopop-Steuer verfassungswidrig?

Berlin ▪ Die geplante Steuer auf die „Alcopops“ genannten alkoholischen Mischgetränke sei mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes nicht vereinbar. Der Verfassungsrechtler und ehemalige Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz ist in einer Studie für den Bundesverband der deutschen Spirituosenindustrie zu diesem Ergebnis gekommen. Die geplante Sonderabgabe von 87 Cent pro Alcopop-Flasche sei eine Straf- und keine Verbrauchssteuer und „abgabenrechtlich bedenklich. Stattdessen müsste das Jugendschutzgesetz eingehalten werden, das bereits die Abgabe von Alcopops an unter 18-Jährige verbiete. Der Meinung Scholz' schloss sich auch der Mannheimer Verfassungsrechtler Hans-Joachim Arndt an.

Quelle: <http://www.netzeitung.de/deutschland/283472.html>, 25. April

Bonner Heroinstudie geht weiter

Bonn ▪ Die Heroinstudie in Bonn, bei der testweise Heroin an Schwerstabhängige abgegeben wird, wird zumindest im nächsten Jahr fortgesetzt. Nach ihrer ursprünglichen Ablehnung der Studie stimmt nun auch die CDU-Ratsfraktion für deren Fortführung und die damit verbundene Bereitstellung weiterer 172 000 Euro. Der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Klaus Großkurth, bezeichnete die Studie als „außerordentlich erfolgreich“, was er neben der Heroin-Abgabe auf die begleitende psychosoziale Betreuung zurückführte. Besonders hervorzuheben sei die geringe Zahl der Teilnehmenden, die aus der Betreuung aussteigen.

Quelle: Kölnische Rundschau, 20. April 2004

Schweiz und Deutschland gegen Alcopops

Bern ▪ Die Probleme im Suchtbereich sind über Grenzen hinweg ähnlich. Zu diesem Ergebnis kam die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marion Caspers-Merk, bei einem Gespräch mit dem Schweizer Bundesrat Pascal Couchepin in Bern. Als Themenschwerpunkte behandelten die beiden Drogenpolitiker Alcopops und Cannabis. In der Schweiz wird bereits seit dem 1. Februar eine auch in der Bundesrepublik geplante Sondersteuer auf Alcopops erhoben. Einig waren sich die Gesprächspartner des weiteren über die Bedeutung frühzeitiger Prävention und Intervention beim Cannabis-Konsum Jugendlicher. Die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland wollen ein gemeinsames Frühinterventionsprojekt zur Cannabis-Abhängigkeit in der Grenzregion der Schweiz mit Südbaden auf den Weg bringen. Caspers-Merk wies auf das voriges Jahr abgeschlossene deutsche Modellprojekt „Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten“ (FreD) hin.

Die FreD-Internetseite der Koordinationsstelle Sucht
<http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/1069845208/1069846047/1070017648/>

Quelle: http://www.bmgs.bund.de/deu/gra/aktuelles/pm/d04/BMGS_104_5205.cfm, 21. April 2004

Immer mehr Alkoholvergiftungen bei Kindern und Jugendlichen

Berlin ▪ Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marion Caspers-Merk, hat am 22. April den Drogen- und Suchtbericht vorgestellt. Ergänzend stellte sie eine Datenerhebung zu Alkoholvergiftungen bei Kindern und Jugendlichen vor. Besorgniserregend ist demnach der zunehmende Alkoholmissbrauch durch Kinder und Jugendliche. Um 26 Prozent gestiegen ist von 2000 bis 2002 die Zahl der stationär wegen Alkoholvergiftungen behandelten Kinder und Jugendlichen. Auf 50 Prozent angestiegen ist der Anteil der zehn- bis 17-jährigen Mädchen in dieser Gruppe. Im Jahr 2000 lag er noch bei einem Drittel.

Den Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung und die Datenerhebung zum Thema „Alkoholvergiftungen bei Kindern und Jugendlichen gibt es auf den Internetseiten der Drogenbeauftragten.
<http://www.drogenbeauftragte.de>

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Pressemitteilung Nr. 113, 22. April 2004

Ecstasy-Konsumenten können Risiken schlechter abschätzen

Bonn ▪ Langzeit-Konsumenten der Party-Droge Ecstasy können Risiken erheblich schlechter einschätzen als Menschen ohne Ecstasy-Erfahrungen. Das gilt auch dann, wenn sie nicht unter dem Einfluss des Rauschmittels stehen. Auch das Erinnerungsvermögen scheint durch den Wirkstoff MDMA deutlich beeinträchtigt zu werden. Noch nicht klar ist, ob die Schädigungen auch nach längerer Abstinenz noch anhalten. Das ist das Ergebnis einer Studie der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universität Bonn. Boris Quednow hat sie im Rahmen seiner Doktorarbeit mit Ecstasy-Konsumenten, Cannabis-Rauchern und Menschen ohne Drogenerfahrungen durchgeführt.

Erste Ergebnisse der Studie sind veröffentlicht worden in der Zeitschrift Neuropsychopharmacology, Nr. 5, vol. 29, S. 982-990.

◀ **Ansprechpartner ist Boris B. Quednow, Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Tel.: 0228 287-5681.**
Boris.Quednow@ukb.uni-bonn.de

Quelle: http://idw-online.de/public/zeige_pm.html?pmid=80343, 18. Mai 2004

Kokain kann Herzinfarkte auslösen

Frankfurt/Main ▪ Bereits der einmalige Gebrauch von Kokain kann einen Herzinfarkt auslösen. Davor warnt die Deutsche Herzstiftung und wendet sich gegen eine Verharmlosung des Kokain-Konsums. Besonders gefährlich sei dieses Risiko für junge Menschen. Eine US-amerikanische Studie schätzt, dass ein Viertel der Herzinfarkte bei 18- bis 45-Jährigen auf die Einnahme von Kokain zurückzuführen sind. Nicht näher benannte Drogenexperten schätzen des weiteren, dass sechs Prozent aller Kokain Konsumenten – die Zahl geht in Deutschland in die Hunderttausende – einen Herzinfarkt und 30 Prozent einen Angina-Pectoris-Anfall erleiden.

◀ **Die Deutsche Herzstiftung im Internet**
<http://www.herzstiftung.de>

Quelle: http://idw-online.de/public/zeige_pm.html?pmid=80347, 18. Mai 2004

Schweiz: Forderung nach Cannabis-Legalisierung

Solothurn ▪ Das noch geltende, restriktive Schweizer Betäubungsmittelgesetz sei eine der Ursachen für den steigenden Cannabis-Konsum in der Eidgenossenschaft. Die derzeit vom Schweizer Nationalrat beratene, liberalere Neufassung des Gesetzes biete dagegen die Chance, Jugendliche wirksamer vom Konsum der Droge abzuhalten. Diese Meinung vertritt Martin Jäggi, Präsident der kantonalen Polizeikommandanten. Auch der Verband Schweizerischer Polizeibeamter unterstützt die Gesetzesrevision. Der Entwurf sieht vor, Hanfanbau prinzipiell zu erlauben und für den Kleinhandel Mengenbeschränkungen einzuführen. Cannabis-Käufer müssten sich dann beim Erwerb der Droge ausweisen. Jäggi sieht die Chance, dass über das Gesetz unter anderem der THC-Gehalt der angebauten Pflanzen geregelt werden kann.

Quelle: <http://www.tagesanzeiger.ch/dyn/news/schweiz/370595.html>, 24. April 2004

Niederlande planen Cannabis-Verbot

Amsterdam ▪ Die niederländische Regierung will den bisher geduldeten Anbau und Verkauf von Cannabis verbieten. Die stärkste Koalitionspartei CDA hat bereits die Verringerung der Zahl der Coffee-Shops in unmittelbarer Nähe von Schulen und im Grenzgebiet durchgesetzt. Derzeit wird geprüft, ob der in den vergangenen Jahren gestiegene THC-Gehalt der niederländischen Marihuana-Variante „Nederwiet“ zu ernsthaften Gesundheitsschäden führen kann. Sollte sich dieser Verdacht bestätigen, soll Cannabis im Opiumgesetz genauso behandelt werden wie Heroin, Kokain oder Ecstasy, was einem Verbot gleichkommt. Die Pläne stoßen auf Widerstand der Kommunen, aber auch der Partei D66, die Mitglied der regierenden Mitte-Rechts-Koalition ist. Drogenpolitik ist in den Niederlanden in erster Linie Sache der Gemeinden.

Anbau und Verkauf sind ein ernstzunehmender Wirtschaftsfaktor. Der Jahresumsatz dieser Branche liegt bei geschätzten 600 Millionen Euro, von denen Lohn- und Umsatzsteuer abgeführt werden. Die Zahl der Züchter wird auf 50 000 geschätzt. Inklusive der Beschäftigten in Zwischenhandel und Zulieferindustrie sind sogar etwa 100 000 Menschen in der Cannabis-Branche beschäftigt.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung Online, <http://www.nzz.de>, 22. April 2004

Verfassungsgericht zu Cannabis-Besitz angerufen

Karlsruhe ▪ Das Bundesverfassungsgericht muss sich mit der Frage beschäftigen, ob die Bestrafung von Haschischrauchern unverhältnismäßig und verfassungswidrig ist. Angerufen wurde das oberste deutsche Gericht durch einen Jugendrichter des Amtsgerichtes Bernau, der im März 2002 die Strafe gegen einen Heranwachsenden ausgesetzt hatte. Ursprünglich war der junge Mann wegen des Besitzes von 3,6 Gramm Haschisch zu einer Geldstrafe von 850 Euro verurteilt worden. Der Richter hatte zu dem Sachverhalt drei Gutachten und eine Auskunft des Bundesgesundheitsministeriums angefordert. Der Gesundheitswissenschaftler Dieter Kleiber kam in seinem Gutachten zu dem Ergebnis, dass Cannabis weniger riskant ist, als früher angenommen wurde. Das Bundesgesundheitsministerium hält Alkohol für die gefährlichere Droge als Cannabis.

Quelle: Kölnische Rundschau, 27. April 2004

Kokain-Gebrauchsgewohnheiten werden erforscht

Magdeburg ▪ Die Kokain-Gebrauchsgewohnheiten Ost- und Westdeutscher werden derzeit an der Universität Magdeburg erforscht. Mehr als 700 Menschen aus mehreren Bundesländern sind befragt worden. Gegenwärtig wird die Befragung ausgewertet. Erste Ergebnisse zeigen, dass der Kokain-Konsum in den vergangenen drei Jahren in Ostdeutschland leicht zugenommen hat. Kokain wird in Ostdeutschland vorwiegend zum Zwecke der Leistungssteigerung genutzt, während in Westdeutschland das Ziel des „Abschaltens“ den Konsum bestimmt. Alle Ergebnisse der vom Kultusministerium Sachsen-Anhalt geförderten Studie sollen bis zum Jahresende vorliegen.

Quelle: <http://www.mdr.de>, 26. April 2004

Führerschein-Entzug nach Amphetamin-Konsum rechtens

Koblenz ▪ Einem Autofahrer darf der Führerschein entzogen werden, wenn er mit Resten von Amphetamin im Blut Auto gefahren ist. Das hat das Verwaltungsgericht Koblenz entschieden. Selbst ein einmaliger Konsum von Amphetaminen zeige, dass der Konsument als Fahrzeugführer ungeeignet sei, so der Urteils-Tenor. Geklagt hatte ein 34-Jähriger, der unter dem Einfluss von Cannabis und Amphetaminen von der Polizei erwischt worden war.

Quelle: <http://www.autokiste.de/psg/0404/3068.htm>, 21. April 2004

Jugendliche glauben nicht an Erfolg der Alcopop-Steuer

München ▪ Rund 60 Prozent aller 14- bis 19-Jährigen glauben, dass ihre Altersgenossen nach der Einführung der Alcopop-Steuer auf dann günstigere härtere alkoholische Getränke zugreifen werden. Zu diesem Ergebnis ist nach Berichten des Nachrichtenmagazins „Focus“ eine EMNID-Studie gekommen.

Quelle: <http://de.news.yahoo.de>, 19. April 2004

Suchtausschuss gegen Personalabbau in der Psychiatrie

Bayreuth ▪ Gegen weiteren Personalabbau in den psychiatrischen Kliniken wendet sich der Suchtausschuss der Bundesdirektorenkonferenz der deutschen Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie. In einer Stellungnahme vom Januar beklagt das Gremium die Nichteinhaltung der durch die Psychiatrie-Personalverordnung vorgegebenen Standards. Gerade die Qualität der Suchtkrankenbehandlung könne nicht aufrechterhalten werden, wenn aus Wirtschaftlichkeitsgründen weiteres Personal abgebaut oder an somatische Kliniken versetzt werde. Trotz der Einnahmeausfälle der Kostenträger, steigender Kosten der Leistungserbringer, politischer Sparvorgaben und wachsender Leistungsansprüche der Patienten müsse die Psychiatrie-Personalverordnung eingehalten werden, so die Forderung des Suchtausschusses.

Quelle: Stellungnahme des Suchtausschusses der Bundeskonferenz der ärztlichen Leiterinnen und Leiter deutscher Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie (BDK, „Bundesdirektorenkonferenz“), 9. Januar 2004

Neunte Fachtagung „ÜberLEBEN in Drogenszenen“

Nürnberg ▪ Zur neunten Fachtagung zur Praxis akzeptierender Drogenarbeit „ÜberLEBEN in Drogenszenen“ laden das Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA) und die Alternative Jugend- und Drogenhilfe Nürnberg e.V. (mudra) sowie der Suchtbeauftragte der Stadt Nürnberg ein. Die Tagung findet statt von Mittwoch, 23., bis Freitag, 25. Juni, im Haus Eckstein, Burgstraße 1-4, 90403 Nürnberg. Neben der Vorstellung aktueller Handlungsansätze aus Deutschland und den Niederlanden bestimmen die beiden Schwerpunktthemen „Substitution“ und „Kokain“ das Tagungsprogramm.

➤ **Nähere Informationen zur Fachtagung auf der Internetseite des ISKA**
<http://www.iska-nuernberg.de/ueberleben>

mudra-Fachtag

Der Tagung voraus geht der Fachtag der mudra am Dienstag, 22. Juni, von elf bis 18 Uhr in der Villa Leon, Philipp-Körber-Weg 1, in Nürnberg. Das Thema ist: „Arbeit, Qualifizierung, Ausbildung in der Drogenhilfe. Berichte zur Projektpraxis aus drei Ländern“. Erörtert werden Beispiele aus Österreich, der Schweiz und Deutschland.

Informationen und Anmeldungen bei mudra-Arbeit gGmbH, Hans-Thoma-Straße 3, 90431 Nürnberg.

➤ **Die Internetseite der mudra**
<http://www.mudra-online.de>

Nächster Termin für Zusatzausbildung

Nürnberg ▪ Der nächste Kurs für die zweijährige Zusatzausbildung „Drogenarbeit, Schwerpunkt akzeptierende Drogenhilfe“ des Instituts für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA) soll im kommenden Winter beginnen. Die Aus- und Fortbildung vermittelt grundlegende Orientierung und Übersicht über die aktuellen Handlungsfelder und Methodiken der Drogenhilfe. Problembereiche von Drogenpolitik und -gesetzgebung, Praxiseinsichten und Praxiskontakte sind weitere Elemente des Kurses. Die Zusatzausbildung gliedert sich in zehn Intensivblöcke à fünf Tage. Die Blöcke finden jeweils mit inhaltlichen Schwerpunkt- und Reflexionsthemen in Bremen, Frankfurt, Nürnberg oder Bern statt. Ein Praktikum in einer Einrichtung der akzeptierenden Drogenhilfe, Hausarbeiten und die Erstellung einer Abschlussarbeit gehören zu den Leistungsanforderungen.

➤ **Weitere Informationen und Anmeldungen bei: Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit, Torsten Groß, Gostenhofer Hauptstraße 61, 90443 Nürnberg, Tel.: 0911 272998-8, Fax: 0911 9296690.**
gross@iska-nuernberg.de

➤ **Ab Herbst 2004 werden nähere Informationen zu dem Kurs zur Verfügung gestellt auf der Internetseite**
<http://www.iska-nuernberg.de/drogenseminare>

Was bleibt vom alten BSHG nach Hartz IV?

Düsseldorf ▪ „Hartz IV: Was bleibt vom alten BSHG ab dem 1.1.2005 – SGB II und SGB XII“ lautet der Titel eines Weiterbildungsangebotes, das der Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Fachhochschule Düsseldorf am 29. und 30. Juni anbietet. Referenten sind Utz Krahmer, Weiterbildungsbeauftragter der FH Düsseldorf, und Rainer Gilles, Leiter der Rechtsstelle des Sozialamtes Düsseldorf.

◀ **Nähere Informationen zu diesem und weiteren Seminaren auf der Internetseite des Weiterbildungsprogramms der FH Düsseldorf**

<http://www.fh-duesseldorf.de/fb5-weiterbildung/>

◀ **Das Fachhochschulinstitut DIASA bietet im Herbst weitere Seminare der genannten Referenten an**

<http://www.diasa-duesseldorf.de>

EREV, BAG EJSA und GVS planen gemeinsame Fortbildung

Stuttgart ▪ Der Evangelische Erziehungsverband (EREV), die Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit (BAG EJSA) und der Gesamtverband für Suchtkrankenhilfe im Diakonischen Werk der EKD (GVS) wollen für den Zeitraum 2005 und 2006 eine gemeinsame Fortbildung anbieten. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe, der Jugendberufshilfe und der Drogenhilfe sollen darin zu einer Verbesserung und Fortentwicklung der Zusammenarbeit vor Ort befähigt werden. Die Fortbildung soll in drei Modulen à drei Tage durchgeführt werden. Das haben Vertreter der Organisationen auf einem gemeinsamen Treffen am 16. März in Kassel beschlossen. Bereits im November 2003 hatten die drei Verbände eine Fachtagung unter Ägide des EREV durchgeführt, die auf gute Resonanz gestoßen war.

GVS und BAG EJSA beabsichtigen kurzfristig, sich in ihren Konzeptionen zum Sozialgesetzbuch (SGB) II abzustimmen. Jugendberufshilfen und Suchtberatung sollen bei Ausschreibungen und regionalen Konzeptionen verknüpft werden, um die Ausgrenzung besonders belasteter Gruppen wie drogenkonsumierende Jugendliche aus diesem Bereich zu verhindern.

Quelle: GVS-Infodienst „PARTNERSchaftlich“, Nr. 2/2004

◀ **Kontakt zum GVS**

gvs@sucht.org

Harm-Reduction Schwerpunkt in Akzeptanz 1/2004

„Harm-Reduction in der Praxis: Aktuelle Projekte und neue Trends“ ist das Schwerpunktthema der Ausgabe 1/2004 der Zeitschrift „AKZEPTANZ“. Erfahrungsberichte gibt es unter anderem von der Notunterkunft „Sleep Inn“ in Bremen, dem Drogenkonsumraum in Münster und über Erste-Hilfe-Kurse und Naloxon-Einsatz durch Drogengebraucher.

AKZEPTANZ, Nr. 1, Jg. 12, ISSN 1433-8912

AKZEPTANZ kann bezogen werden über folgende Adresse:
Akzeptanz, c/o Dr. Heino Stöver, Universität Bremen, FB 06 –
ARCHIDO, Postfach 330440, 28334 Bremen, Tel.: 0421 421218-
3173, Fax: 0421 421218-3684.
heino-stoever@uni-bremen.de

Ist kontrollierter Suchtmittelkonsum möglich?

Können Suchtmittelabhängige kontrolliert Alkohol trinken oder Drogen nehmen? Ist eine Behandlung jenseits einer strikten Abstinenzorientierung möglich? Mit diesen Fragen beschäftigen sich verschiedene Autoren im jetzt im Neuland-Verlag erschienenen, von Jürgen Rink herausgegebenen Sammelband „Die Suche nach der Kontrolle“.

Rink, Jürgen (Hrsg.): Die Suche nach der Kontrolle. Von der Abstinenzabhängigkeit zur Kontrollabhängigkeit, Beiträge zum Wandel der Zieldiskussion in der Suchtkrankenhilfe. Geesthacht 2004: Neuland, 168 Seiten, 29,90 Euro

Die Internetseiten des Neuland-Verlages
<http://www.neuland.com>

Weitere aktuelle Neuland-Titel

Weitere aktuelle Titel des Neuland-Verlages befassen sich mit soziotherapeutischen Erfahrungen mit chronisch mehrfach beeinträchtigten Abhängigen und innerstädtischen Randgruppenszenen als kommunaler und staatlicher Aufgabe.

Steingass, Hans-Peter (Hrsg.): Chronisch mehrfach beeinträchtigte Abhängige. Erfahrungen aus der Soziotherapie. Geesthacht: Neuland, 156 Seiten, 24,90 Euro.

Bossong, Horst: Die Szene und die Stadt. Innerstädtische Randgruppenszenen als kommunaler und staatlicher Aufgabe. Geesthacht: Neuland, 112 Seiten, 19,90 Euro.

Impressum

Der KS-Newsletter wird herausgegeben von:

Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Landesjugendamt und Westfälische Schulen
Koordinationsstelle Sucht
Leitung: Wolfgang Rometsch
Warendorfer Str. 27
48133 Münster
Tel. 0251 591-3267
Fax: 0251 591-5499
E-Mail: kswl@lwl.org
Redaktion: Rüdiger Klebeck (verantwortlich)
Anschrift wie oben

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.